

ELISABETH FISCH

Die Paderborner „Heimatfront“ 1914-1918

Lebensmittelknappheit und Hunger

„Gesetz über die Höchstpreise.“¹ Diese Ankündigung des Westfälischen Volksblattes vom 7. 8. 1914 spiegelte schon während der Mobilmachungsphase die ersten Auswirkungen des Krieges auf das Paderborner Wirtschaftsleben und die sich verändernde Versorgungssituation der Bevölkerung wider.

Neben der Sorge um die Männer, Väter und Söhne im Feld waren die Auswirkungen des Krieges für die Zivilbevölkerung besonders in den Einschränkungen der Nahrungsmittel zu spüren. Vor dem absoluten Vorrang, den das Militär in der Nahrungsmittelversorgung genoß, mußte die Frage der Volksernährung zurücktreten.² Die Gefahren der mangelnden kriegswirtschaftlichen Vorsorge wurden von der deutschen Regierung zu spät erkannt,³ so daß ein umfassendes Gesamtkonzept zur Regulierung der Ernährungsfrage nicht rechtzeitig entwickelt werden konnte.

Die Festsetzung der Höchstpreise war eine der Maßnahmen, die Ernährungsfrage in den Griff zu bekommen. Die Preise wurden im Laufe des Krieges für das gesamte Deutsche Reich in nahezu allen Lebensmittelbereichen amtlich festgesetzt. Engpässe in der Versorgung mit Nahrungsmitteln traten hinzu, verschärfen sich und betrafen Ende 1918 weitgehend alle Bereiche des Nahrungsmittelsektors. In zahlreichen Gemeinden des Deutschen Reiches traten im Laufe des Krieges drastische Lebensmittelknappheit und Hunger auf. Mit zunehmender Kriegsdauer wurden aber auch andere wichtige „Lebens-Mittel“ wie Brennstoffe und Gebrauchsgüter knapp. Die Unterversorgung mit Nahrungsmitteln breiter Schichten der Zivilbevölkerung fand am Ende des Krieges ihren erschreckenden Höhepunkt in einigen hunderttausend Hungertoten innerhalb des Deutschen Reiches.

Wie sah nun aber die Versorgungslage an der Paderborner „Heimatfront“ während des Ersten Weltkrieges aus? War sie – aufgrund der in ein argarisches

1 Westfälisches Volksblatt (WV) v. 7. 8. 1914.

2 Diese Bevorzugung des Militärs in der Versorgungsfrage wurde erst im Sommer 1917 durch Reichskanzler Michaelis zurückgenommen. Vgl. Georg *Michaelis*: Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte. Berlin 1922, S. 286f.; Herman *von Stein*: Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges. Leipzig 1919, S. 87f.

3 Zu den Hintergründen der mangelnden Vorsorge vgl. Lothar *Burchardt*: Friedenswirtschaft und Kriegsfürsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914. Boppard 1968.

Umfeld eingebetteten Lage der Stadt – stabil, oder trat auch in Paderborn der im Reich zu beobachtende drastische Ernährungsnotstand zutage?

Erst einmal wurde der Kriegsbeginn, wie in vielen Gemeinden des Reiches, auch von der Paderborner Bevölkerung mit großem Hurra begrüßt. Das Westfälische Volksblatt berichtete ausführlich über die patriotische Begeisterung der Paderborner Bevölkerung.⁴ Besonders erfreut war man über die „ungemein große Zahl der Kriegsfreiwilligen“⁵ unter den „Söhnen der Paderstadt“⁶, die in einem fröhlichen Zug in die Kasernen geleitet wurden. Jugendliche versorgten am Hauptbahnhof durchfahrende Soldaten mit Limonade, Zigaretten und Butterbrotten.⁷ Der Besitzer des „Café Palais“ brachte seine nationale Gesinnung dadurch zum Ausdruck, daß er es in „Kaffeehaus Westphalia“ umbenannte.⁸

Die Mobilmachung löste jedoch nicht überall Begeisterung aus. Sie rief ebenfalls, wenn auch nur vereinzelt, Bestürzung hervor.⁹ Besorgte Menschen hatten bereits Hamsterkäufe getätigt,¹⁰ was zu ersten Teuerungen führte, von denen besonders die „kleinen Leute, Beamten und Arbeiterfamilien“¹¹ betroffen waren. In einzelnen Fällen wurde auch bereits „Wucher auf dem hiesigen Wochenmarkt“¹² beobachtet, der „recht floriert“¹³ haben soll. Für das Pfund Kartoffeln wurden hier vereinzelt bis zu 18 Pf verlangt. Das bedeutete schon in der ersten Kriegswoche einen Anstieg des Preises um mehr als das Fünffache.¹⁴ Verschiedene Paderborner Kaufleute wurden ebenfalls des Wuchers bezichtigt.¹⁵

Die ersten amtlichen Höchstpreise für die Stadt Paderborn wurden dann am 8. 8. 1914¹⁶ festgesetzt und betrafen einige Nährstoffe (Mehl, Salz, Zucker) sowie

4 Vgl. WV v. 6. 8. und 7. 8. 1914.

5 WV 6. 8. 1914.

6 WV 7. 8. 1914.

7 WV ebd.

8 WV v. 9. 8. 1914.

9 Vgl. StdtA PB, H Marienloh, S. 163.

10 Vgl. WV v. 2. 8. 1914.

11 Ebd.

12 WV v. 6. 8. 1914.

13 Ebd.

14 Es wird ein durchschnittlicher Vorkriegspreis von 7 Pf für das Kg zugrunde gelegt. Vorkriegspreise vgl. Walther G. *Hoffmann*: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Berlin/Heidelberg/New York 1965. Hier S. 580.

15 WV v. 5. 8. 1914.

16 Der Beschluß des Bundesrates vom 4. 8. 1914 betreffend Höchstpreise überließ es zunächst den kommunalen Behörden, entsprechend ihrer örtlichen Verhältnissen Höchstpreise festzusetzen. Eine allgemein gültige, einheitliche Preisbeschränkung durch den Staat bestand zu diesem Zeitpunkt nicht. Der Bundesrat übernahm erst ab dem 28. 10. 1914 die zentrale Festsetzung der Höchstpreise. Jedoch blieb es auch weiterhin den Kommunalbehörden überlassen, in ihren Gebieten individuelle Preisbeschränkungen zu verfügen, soweit keine zentralen Höchstpreise bestanden. Bis zum Frühjahr 1915 wurde auf Bundesratsebene lediglich ein einheitlicher Höchstpreis für Brotgetreide, Kartoffeln und

Fleisch und Fette,¹⁷ die auf dem städtischen Markt offensichtlich am häufigsten nachgefragt wurden. Auch die Brot- und Butterpreise stiegen,¹⁸ wurden aber nicht mit einem amtlichen Höchstpreis belegt.

Nach den steigenden Preisen und den ersten hektischen Reaktionen der Paderborner darauf scheint sich die Lage zunächst einmal beruhigt zu haben. Die Preise stabilisierten sich, das neue Preisniveau wurde bis zum Jahresende gehalten. Die seit Oktober 1914 im gesamten Reich erscheinenden Appelle, Brotgetreide nicht als Futtermittel zu verwenden, wurden in Paderborn erst Ende des Jahres an die Bevölkerung gerichtet.¹⁹

Die reichsweite Getreidebestandsaufnahme vom 1. 12. 1914 machte einen deutlichen Mangel an Brotgetreide sichtbar, so daß die Ausmahlvorschriften für Mehl, die bereits im Oktober vom Bundesrat erstmalig erlassen worden waren,²⁰ verschärft wurden. Zusätzlich wurden dem Backmehl zunächst 10 %, Anfang 1915 20 % Kartoffeln oder Kartoffelmehl beigemischt, um den Anteil an Brotgetreide zu verringern. Das so hergestellte Brot mußte mit dem Buchstaben „K“ gekennzeichnet werden; „K“ stand für „Kartoffelbrot“, patriotisch auch „Kriegsbrot“ genannt.

In Paderborn wurde das K-Brot erst Mitte Januar 1915 angeboten. Bis dahin konnten noch Brötchen²¹ gekauft sowie Kuchen und Gebäck²² in gewohnter Weise verzehrt werden. Diese relativ entspannte Lage Paderborns kann zu diesem Zeitpunkt noch auf sein agrarisches Umfeld zurückgeführt werden, da in derart

Kartoffelfabrikate (Kartoffelmehl) festgesetzt. Alle übrigen Nahrungsmittel blieben für diesen Zeitraum ohne zentral geregelte Preisbeschränkungen. Vgl. Anne Roerkohl: Die Lebensmittelversorgung während des Ersten Weltkrieges im Spannungsfeld kommunaler und staatlicher Maßnahmen, in: Durchbruch zum modernen Massenkonsum, hg. v. Hans-Jürgen Teuteberg. Münster 1987, S. 309-370. Hier S. 313.

17 Vgl. WV v. 8. 8. 1914. Höchstpreise für Paderborn in M/Pfund:

Mehl	0,25
Salz	0,12
Zucker	0,30
Schweine- und Rindfleisch	0,90
Schmalz und Speck	0,90.

18 Die Preissteigerung betrug bei Brot zwischen 10 und 16 %, bei Butter zwischen 23 und 44 %. Vgl. WV, Marktpreise v. 6. 7. 1914 und 17. 8. 1914.

19 Vgl. WV v. 29. 12. 1914. „Wer Brotgetreide verfüttert, versündigt sich am Vaterlande und macht sich strafbar.“

20 Durch höhere Ausmahlquoten wurde eine Streckung der Mehlmenge durch Kleie erreicht. Der Bundesrat setzte am 24. 10. 1914 die Ausmahlquote von Roggen auf 72 % und von Weizen auf 75 % fest. Die Quote wurde aufgrund der Ergebnisse der Getreideerhebung im Dezember 1914 auf 82 % bzw. 80 % erhöht.

21 Vgl. WV v. 16. 1. 1915: „Brötchen bleiben aus.“

22 Diese Beobachtungen lösten unter der Paderborner Bevölkerung Anfang Januar 1915 eine Diskussion über das Einhalten der offiziellen Erlasse und Appelle bzgl. Brotgetreide aus. Die Notwendigkeit dieser Anordnungen wurde per Leserbrief im Westfälischen Volksblatt diskutiert. Vgl. WV v. 4., 5., 11. und 16. 1. 1915.

strukturierten Gebieten die gewohnte Versorgung länger aufrechterhalten werden konnte als in Großstädten und Industriegebieten. Das Fehlen von Sparappellen und Hinweisen auf den Verzehr von K-Brot in den Tageszeitungen während der ersten Kriegsmonate läßt außerdem den Schluß zu, daß im Raum Paderborn offensichtlich keine ausführliche Aufklärungsarbeit hinsichtlich der sich im gesamten Reich verändernden Versorgungslage geleistet wurde. Es hat den Anschein, daß die städtischen Behörden die schon seit Oktober 1914 vom Bundesrat empfohlenen Ausmahlquoten des Getreides und den Verzehr von K-Brot nicht stärker förderten. Lediglich der Aufruf gegen das Verfüttern von Brotgetreide erscheint, wenn auch mit einer zweimonatigen Verzögerung, ab Dezember 1914 wöchentlich. Erst mit Ausgabe der Brotkarte am 1. März 1915 mußte sich auch die Bevölkerung des Paderborner Raumes der ersten, bisher völlig unbekannten Beschränkung des Wirtschaftslebens stellen. Die Veränderungen des bisherigen Versorgungssystems waren nun auch hier zu spüren. An den gewohnten Verzehr von Brot und Backwaren war nicht mehr zu denken. Jeder versorgungsberechtigte Erwachsene erhielt nun täglich 250 g Brot, Kinder bis zum sechsten Lebensjahr 125 g. Es bestand ein Backverbot für Kuchen. Zuvor war schon bei den landwirtschaftlichen Produzenten alles Getreide durch Bundesratsbeschluß von der Kriegsgetreidestelle²³ beschlagnahmt worden,²⁴ um eine gerechtere Verteilung der Mehlmengen und des Brotgetreides für die einzelnen Kommunalverbände zu sichern. Um eine möglichst umfassende Abgabemenge zu erzielen, wurde für die Landwirte ein finanzieller Anreiz geschaffen. In Marienloh, einer Nachbargemeinde Paderborns, wurden für einen Zentner der verschiedenen Getreidesorten zwischen 11,50 und 15 Mark gezahlt.²⁵ Legt man die durchschnittlichen Erzeugerpreise von 1913 zugrunde, so belief sich der finanzielle „Anreiz“ bei Weizen und Roggen auf nahezu das Dreifache des jeweiligen Vorkriegspreises.²⁶ Für Hafer wäre dann sogar knapp das Vierfache des Erzeugerpreises von 1913 gezahlt worden.²⁷

Auch im Paderborner Raum konnten die landwirtschaftlichen Produzenten als Selbstversorger direkt von der Abgabemenge pro Kopf und Monat 9 kg Brotgetreide für die eigene Versorgung und 2,5-3 kg²⁸ Hafer als Futter für die Pferde

23 Zur Gründung der Kriegsgetreidestelle (K.G.) im November 1914 und ihren Aufgaben vgl. *Michaelis*, S. 270-281. *Michaelis* war Vorsitzender der K.G.

24 Vgl. StdtA PB, H Marienloh, S. 166.

25 StdtA PB, H Marienloh. Preise in M/Ztr: Roggen 11,50; Weizen 13,50; Hafer 15,00. Bei sofortiger Lieferung erhöhte sich die Summe je Zentner um 50 Pf.

26 Vgl. *Hoffmann*, S. 554.

27 Vgl. ebd. Es ist anzunehmen, daß der hohe Haferpreis im erheblich höheren Heeresbedarf an Pferden – als Zugtiere und Transportmittel – begründet liegt. Hafer wurde zu diesem Zeitpunkt nahezu ausschließlich als Pferdefutter verwendet.

28 In der Stadt Paderborn und in Marienloh betrug die offizielle Menge des täglichen Pferdefutters 2,5 kg, in Neuenbeken 3 kg. Vgl. StdtA PB, H Marienloh und H Neuenbeken.

zurückbehalten. Das bedeutete nicht nur einen Vorteil in der Menge des Brotgetreides für die Produzenten,²⁹ sie konnten auch frei über das Korn verfügen, während die Versorgungsberechtigten es ausschließlich in Form von Brot erhielten. Die Brotpreise zogen im Anschluß an die geschilderten Maßnahmen in Paderborn drastisch an. Blieben sie zwischen August und Dezember 1914 weitgehend konstant, so stiegen sie im Februar und März um knapp 50% an.³⁰

Auch für die Landgemeinden sah der Landrat sich Anfang Februar 1915 gezwungen, eine Preisbeschränkung für Brot festzusetzen,³¹ die mit 19 Pf für das Pfund dem höchsten städtischen Marktpreis nahezu entsprach.³² Die ansteigenden Preise waren Folge der Getreideverknappung bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach Getreide.

Im Gegensatz zur Höchstpreisfestsetzung bei Brot und Getreide wurden andere Nahrungsmittel nicht mit zentralen Preisbeschränkungen belegt. Hier konnten die Preise frei steigen. Milch und Butter, aber auch Frischfleisch, Speck und Schmalz erfuhren eine erhebliche Teuerungsrate. So lagen die Marktpreise für Butter im März 1915 um bis zu zwei Dritteln über denen der Vorkriegszeit.³³ Milch wurde im Februar 1915 um 4 Pf je Liter teurer.³⁴ Die Preise für Schweinefleisch waren im März 1915 im Verhältnis zu denen im Juli 1914 um bis zu 42% gestiegen.³⁵ Auch das war ein Anreiz für die Landwirte, verstärkt Brotgetreide und Kartoffeln an das Vieh zu verfüttern. Bei Frischfleisch und tierischen Fetten waren Überpreise zu erzielen. Um dem Mißstand der Getreideverfütterung zu begegnen, ordnete der Bundesrat bereits im Januar 1915 eine umfangreiche Schlachtung insbesondere des Schweinebestandes an, den sogenannten „Schwei-

29 9 kg Getreide ergeben bei einer Ausmahlquote von 80 % eine Mehlmenge von 7 200 g. Legt man zur Herstellung von 250 g Brot einen Mehlerverbrauch von 185 g zugrunde (WV v. 5./9. 4. 1915), so kann der Selbstversorger aus der ihm zustehenden Menge Brotgetreides sieben bis acht Rationen Brot mehr backen, als der Versorgungsberechtigte in einem 30tägigen Monat erhält.

30 Paderborner Brotpreise in M/4 kg:

Juli 1914 1,00-1,10

März 1915 1,47-1,60

Marktpreise vgl. WV v. 5. 7. 1914 und v. 2. 3. 1915.

31 Vgl. WV v. 5. 2. 1915.

32 Städtische Brotpreise vgl. Anm. 30.

33 Paderborner Butterpreise in M/Pfund:

Juli 1914 0,90-1,30

März 1915 1,47-1,60

Marktpreise vgl. WV v. 5. 7. 1914 und 2. 3. 1915.

34 Der genaue Vorkriegspreis für einen Liter Vollmilch in Paderborn ist nicht zu ermitteln. Er lag im November 1914 bei 22, im Februar 1915 bei 26 Pf. Im Reichsdurchschnitt mußten vor dem Krieg 21 Pf gezahlt werden. Vgl. Fritz Klein u. a. (Hg.): Deutschland im Ersten Weltkrieg. 3 Bde. Berlin (DDR) 1968. Hier Bd. 3, S. 327.

35 Paderborner Schweinefleischpreise in M/Pfund:

Juli 1914 0,70-0,90

März 1915 1,00-1,60

Marktpreise vgl. WV v. 5. 7. 1914 und v. 2. 3. 1915.

nemord“.³⁶ Um eine möglichst hohe Schlachquote zu erreichen, erhielten die Landwirte eine staatliche Entschädigung. In Paderborn wurden je 100 kg Lebendgewicht zwischen 57 und 62 Mark gezahlt. Mußten die Schweine enteignet werden, reduzierte sich der finanzielle Ausgleich um bis zu 6 Mark.³⁷ Durch diese Aktion verringerte sich im gesamten Reichsgebiet der Schweinebestand von Dezember 1914 bis April 1915 um 7,5 Millionen Stück.³⁸ Der im darauffolgenden Sommer zu erwartenden Fleischknappheit sollte durch Herstellung von Dauerwaren begegnet werden. Der daraus resultierende Mangel an Frischfleisch ließ anschließend die Preise für Schweinefleisch steigen.

Da die Verbraucher auf andere Fleischsorten auswichen, zogen auch hier die Preise an. In Paderborn stiegen zunächst die Schweinefleischpreise während des Sommers 1915 auf 1,40 Mark, bis November 1915 auf 1,80 Mark je Pfund. Die Preise haben sich damit im Verhältnis zum Juli 1914 mehr als verdoppelt.³⁹ Die Teuerungsraten für Rind-, Kalb- und Hammelfleisch bewegten sich, gemessen an den Preisen im Januar 1915 zwischen 25 und 50%, wobei die größte Preissteigerung in der Sparte der vormals preiswerteren Fleischwaren festzustellen ist.⁴⁰

Der Magistrat der Stadt Paderborn bemühte sich darum, größere Mengen Speck und Dauerwaren anzuschaffen, die dann zu ermäßigten Preisen an die unterbemittelten Bürger abgegeben wurden.⁴¹ Den Vertrieb übernahm der „Städtische Gemüseverkauf“ im Rathauskeller. Von August 1914 bis zum Juli 1915 kaufte die Stadt Paderborn Lebensmittel (Mais, Kartoffeln, Obst, Speck) im Wert von nahezu 160 000 Mark⁴² und gab sie an die ärmere Bevölkerung und die Kriegerfamilien der Stadt und des Kreises Paderborn ab.

Um die Nahrungsmittel generell einigermaßen erschwinglich zu halten, warb der Magistrat Mitte Mai 1915 mit einer Prämie von 0,75 M für jeden Zentner

36 Über die Hintergründe und den Verlauf vgl. August *Skalweit*: Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft. Stuttgart/Berlin/Leipzig, S. 92-98.

37 Vgl. WV v. 26. 3. 1915.

38 Vgl. *Klein*, Bd. 2, S. 246. F. *Lorz* spricht sogar von 9 Millionen geschlachteter Tiere bei einem Gesamtbestand von 25,3 Millionen vor Ausbruch des Krieges. Vgl. Florian *Lorz*: Was wir vom Ernährungswesen des Weltkrieges nicht wissen, in: Walter *Jost* / Friedrich *Felger* (Hg.): Was wir vom Weltkriege nicht wissen. Leipzig, 2. Aufl. 1938.

39 Vgl. WV, Marktpreise v. 15. 5. 1915 und 13. 11. 1915. Schweinefleischpreise im Juli 1914 in Paderborn: 0,70-0,80 Pf je Pfund.

40 Vgl. WV, Marktpreise v. 2. 1. 1915 und 23. 11. 1915 je Pfund:

	1/1915	11/1915
Rind	0,80-0,90 M	1,00-1,30 M
Kalb	0,80-0,90 „	1,10-1,30 „
Hammel	0,80-0,90 „	1,20-1,30 „

41 Ein Preisverhältnis zwischen Städtischem Verkauf und offiziellem Marktpreis liegt nur für November 1915 vor: Ein Pfund Speck kostete ermäßigt 2 Mark, auf dem Markt bis zu 2,40 Mark. Der städtische Verkauf lag also um 20% unter dem Marktpreis.

42 Die genaue Summe betrug 157 871,37 Mark. Vgl. Berichte über den Stand und die Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Paderborn (VB) für das Geschäftsjahr 1914.

Kartoffeln, den die Landwirte zum Preis von 5 Mark auf den Wochenmärkten verkaufen sollten, denn bereits im März desselben Jahres wurden in der Landgemeinde Marienloh Wucherpreise für Kartoffeln gefordert, die 42% über den offiziellen Marktpreisen lagen.⁴³ Josef Friedel, Schulleiter der Volksschule in Marienloh, notierte schon Anfang 1915 in seinem Tagebuch, daß zwar „für manche Artikel Höchstpreise festgesetzt waren, über die sich allmählich aber jeder hinwegsetzte, sobald er unter der Hand verkaufen konnte“.⁴⁴

Ähnlich wie im Bereich der Lebensmittelbeschaffung bemühte sich die Stadt auch um den Ankauf von Futtermitteln. Bereits im Februar 1915 wurde vom Magistrat Melasse angekauft, um sie an die Mitglieder des Landwirtschaftlichen Kreisvereins zu verteilen.⁴⁵ Im Mai wurden den Vieh- und Pferdebesitzern über den städtischen Verkauf Mais und Feldbohnen angeboten. Feldbohnen wurden ebenfalls als Nahrungsmittel für die Bevölkerung abgegeben.

Auch in der Kriegsfürsorge engagierte sich die Stadt Paderborn. Sie wurde vom Paderborner Zweigverein des Roten Kreuzes, dem Vaterländischen Frauenverein und den verschiedenen konfessionellen karitativen Frauenvereinen unterstützt. So wurden bis Dezember 1914 gut 17 000 Mark, bis Juli des folgenden Jahres noch einmal 80 000 Mark an Hilfeleistungen für die Familien der Kriegsteilnehmer aufgewandt.⁴⁶ Die Zahl der unterstützten bedürftigen Familien stieg von 360 im Dezember 1914 auf 659⁴⁷ im Juli 1915, also um 83%. Die Familien erhielten zunächst lediglich Geldbeträge von einem bis höchstens zwei Dritteln der Reichsunterstützung⁴⁸ als städtischen Zuschuß. Im darauffolgenden Winter mußten jedoch auch Kohlen und Kartoffeln zugeteilt werden. Ein Mietzuschuß, der nicht über dem Betrag von 25 Mark liegen durfte, wurde im Juli 1915 an 261 Familien geleistet. Im April, zu Beginn der Zuschußzahlungen lag ihre Zahl bei 98.⁴⁹ Leider liegen die Zahlen der städtischen Kriegsfürsorge nur bis Juli 1915 vor, so daß für den weiteren Verlauf des Krieges keine Angaben gemacht werden können.

Neben der Stadt unterstützte auch das Paderborner Rote Kreuz im ersten Kriegsjahr 376 Familien mit gut 6 000 Mark an Geldaufwendungen. Außerdem wurden Lebensmittelgutscheine zu 1,50 und 2 Mark mit einem Gesamtwert von

43 Vgl. StdtA PB S1/13/2, Tagebücher (TB) Josef Friedel, S. 197.

44 TB Friedel, S. 185.

45 Vgl. WV v. 4. 2. 1915.

46 VB für das Geschäftsjahr 1914. Die genaue Summe für die Aufwendungen der Kriegsfürsorge beträgt 97 694,41 Mark.

47 Vgl. ebd.

48 Die Reichsunterstützung gliederte sich nach dem militärischen Dienstgrad des Einberufenen in bestimmte Sätze. Das bedeutete für die Masse der Bedürftigen eine Beihilfe von 6 Mark für die Zeit von Mai bis Oktober und von 12 Mark für die Zeit von November bis April. Dazu kam für jedes Kind unter 15 Jahren ein Betrag von 6 Mark. Vgl. *Klein*, Bd. 1, S. 439.

49 Vgl. VB für das Geschäftsjahr 1914.

über 1 000 Mark ausgegeben.⁵⁰ Das Rote Kreuz richtete für Kinder unbemittelter Familien Freitische ein. Circa 100 Kinder nahmen dieses Angebot mehrmals wöchentlich in Anspruch. Viele von ihnen kamen täglich.⁵¹ Weitere Maßnahmen zum Wohl der Stadtkinder waren ein Kinderhort, der im Herbst 1915 eingerichtet wurde, und die Eröffnung einer Erholungsstätte für Säuglinge in Marienloh im Juli 1916, in der die Babys der Kriegerfamilien oder anderer bedürftiger Bürger für 2-3 Monate kostenlos aufgenommen wurden.⁵² Die Geistlichkeit plante Unterstützungsmaßnahmen und kündigte für den 1. 8. 1916 eine Kollekte für die ärmeren Kinder an.⁵³ Es mußte festgestellt werden, „daß auch in Paderborn mehr Kinder unter der Not des Krieges leiden, als man angenommen hat“.⁵⁴ Der Landrat teilte dem Regierungspräsidenten im Oktober 1916 mit, daß 20% der Paderborner Schulkinder unterernährt seien. Sie erhielten „entweder 6mal oder 3mal wöchentlich gänzlich kostenlos und ohne Karte ein Mittagessen“,⁵⁵ im Dezember wurden bereits 500 Kinder in der Stadt gespeist.⁵⁶ Die Beispiele weisen auf eine deutliche Verschlechterung der städtischen Versorgungslage hin, die in der Folgezeit noch weiter eingeschränkt werden mußte. Außerdem traten immer stärkere Spannungen zwischen Stadt und Land hervor. Während die ländlichen Produzenten weiterhin von ihrem Selbstversorgerbonus zehren konnten, waren die Stadtbewohner auf das knappe Marktangebot angewiesen. Stetig steigende Preise und der immer stärker auftretende Lebensmittelwucher von seiten der Produzenten verschärften die gespannte Stadt-Land-Beziehung. Bereits im Sommer 1915 hatte das Westfälische Volksblatt von „arger Preistreiberei“ auf dem Paderborner Wochenmarkt berichtet.⁵⁷ Im Herbst desselben Jahres mobilisierten Wucherpreise die Leser des Westfälisches Volksblattes, die ihrem Ärger per Leserbrief Luft machten: „Während rundherum die Höchstpreise festgesetzt werden, begnügt man sich in Paderborn mit einer zahmen Mahnung, welche die Butter- und Kartoffelwucherer eher noch ermutigen, als von ihrem vaterlandsfeindlichen Tun abhalten wird.“⁵⁸ „Da unser Magistrat keine Höchstpreise festgesetzt hat, kann diese Ausbeutungsweise auf unserem Wochenmarkt ihre Fortset-

50 Die genauen Summen betrugen 6 070,75 und 1 063,25 Mark. Vgl. VB 1914.

51 Vgl. ebd.

52 Vgl. WV v. 23. 10. 1915 und v. 29. 7. 1916.

53 Vgl. ebd.

54 Ebd.

55 StA DT, M1 IU 833. Bericht v. 10. 10. 1916.

56 Vgl. WV v. 1. 12. 1916. Es wurden außerdem in sehr großem Umfang Kinder aus den Industriegebieten im Kreis Paderborn aufgenommen. Eine Pressenotiz des Westf. Volksblattes vom 28. 9. 1916 spricht von 7 000! „Industriekindern“. Diese Zahl konnte in keiner anderen Quelle nachgewiesen werden.

57 Vgl. WV v. 22. 7. 1915.

58 WV v. 30. 10. 1915.

zung nehmen.“⁵⁹ Die Städter hielten offensichtlich den Magistrat der Stadt für den Verantwortlichen, der für Butter, Kartoffeln etc. keine Höchstpreise zugunsten seiner Bürger festsetzte, sondern den Produzenten in ihrer Preisgestaltung freien Lauf ließ. Die Folge war, daß die Landwirte diese Begünstigung durch den Magistrat – so sieht es jedenfalls die Stadtbevölkerung – für Wucherzwecke ausnutzte.

„Ja, der Krieg könnte ruhig noch 5 Jahre dauern, denn wir verdienen wenigstens Geld; wenn nur nicht soviel Menschen totgeschossen würden! Ja, es ist Krieg! Krieg draußen; Krieg ums tägliche Brot! Ja, was nützen Höchstpreise! Unsinn!“⁶⁰ Dieses Zitat einer Marktfrau im August 1915 scheint die Befürchtungen der Stadtbevölkerung zu bestätigen. Die in der Tagespresse erscheinenden Mahnungen des Landrates Friedrich von Laer, daß die schlimmsten Feinde des Vaterlandes die Lebensmittelwucherer seien, mußten unwirksam bleiben, wenn keine Höchstpreise festgesetzt wurden. Der Landrat sah jedoch unter anderem in der Tendenz zur Beschränkung der Produzentenpreise die Ursache für den Rückgang der Produktion oder das Zurückhalten der Waren vom Markt.⁶¹ Von Laer glaubte, die Produktionsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe durch eine möglichst uneingeschränkte Preispolitik steigern zu können: „Der Antrieb zu verdoppelter Arbeit kann nur in der Aussicht bestehen, gute Preise zu erzielen.“⁶²

Für die Konsumenten war das stetige Ansteigen der Preise jedoch nahezu unverständlich. Mit Ausnahme von Brot, das von Mai 1915 bis zum Kriegsende mit 1,33-1,46 M im Preis stabil blieb, verteuerten sich die übrigen Nahrungsmittel. Besonders drastisch waren jedoch die Teuerungen bei Butter, Eiern und Hülsenfrüchten. Letztere stiegen von Juli 1914 bis November 1915 um das Dreis- bis Vierfache.⁶³ Ab August waren sämtliche Hülsenfrüchte vom Paderborner Markt verschwunden. Die Butterpreise zogen von Mai bis November 1915 um 40% an. Im Verhältnis zum Vorkriegsstand hatten sie sich bis zum Jahresende 1915 sogar verdoppelt.⁶⁴ Am 10. 11. 1915 wurde ein lokaler Höchstpreis für Butter in Paderborn erlassen und damit dem öffentlichen Drängen der Bürger

59 WV v. 31. 10. 1915.

60 StdtA PB S1/13/2, TB Friedel, S. 206.

61 Vgl. StA DT, M1 IU 832, 833, 834.

62 StA DT, M1 IU 833. Stellungnahme v. Laers vom 10. 5. 1916 gegen eine Bestrafung der Produzenten, die „die mit erhöhten Erzeugungskosten belasteten Lebensmittel zu erhöhten Preisen verkaufen“.

63 Vgl. Marktpreise v. 11. 7. 1914 u. 27. 11. 1915 für Hülsenfrüchte in Mark/dz:

	Erbsen	Bohnen	Linsen
1914:	27-40	28-40	26-38
1915:	90-100	110-115	115-120.

64 Vgl. Marktpreise für Butter in Mark/Pfund:

11. 7. 1914:	0,90-1,30
8. 5. 1915:	1,50-1,80
27. 11. 1915:	2,00-2,50.

nach Preisregulierung nachgegeben, doch lagen die örtlichen Marktpreise weiterhin über der amtlichen Festsetzung von 1,80 M je Pfund.⁶⁵ Dennoch ließ das Butterangebot auf dem Wochenmarkt immer weiter nach. Die Butterfrauen gingen direkt in die Privathäuser.⁶⁶ Oft wurde ihnen die Butter bereits auf der Straße aus den Körben gerissen.⁶⁷ Einige Verkäuferinnen forderten 10 Pf „fürs Bringen“ oder bemühten sich um ein „Trinkgeld“,⁶⁸ womit sie die Höchstpreise zu unterlaufen suchten und damit unwirksam machten. Trotz des im November erteilten Verbotes, außerhalb des Marktplatzes zu verkaufen,⁶⁹ wurde das Hausieren mit Butter zur Regel;⁷⁰ wurden die Verkaufsmethoden immer dreister. Den wohlhabenden Hausfrauen wurde nur noch Butter abgegeben, wenn sie gleichzeitig eine bestimmte Menge Eier, „in der Regel 10, zum Preis von 25 Pf das Stück“⁷¹ abnahmen. Es liegen keine Hinweise dafür vor, daß das Verkaufsverbot befolgt oder bei Zuwiderhandlung das damit verbundene Strafmaß verhängt wurde. Im Gegenteil, der Schleichhandel breitete sich immer weiter aus, worunter die ärmere Bevölkerung am stärksten litt, da sie die Schwarzmarktpreise nicht bezahlen konnte. Dem zentralen Butterstand, der im Dezember 1915⁷² auf Initiative des Magistrats auf dem Paderborner Marktplatz errichtet wurde, sollte kein dauerhafter Erfolg beschieden sein. Aufgabe des Butterstandes sollte es sein, möglichst viel Butter für alle Kunden erreichbar anzubieten und den Schleichhandel zu unterbinden. Die Nachfrage war jedoch auch weiterhin noch erheblich größer als das Angebot.⁷³ Auch die Gefahr des Hamsterns konnte nicht vollständig ausgeschlossen werden, denn einige Kunden kauften Butter und stellten sich dann an einer anderen Seite des Standes erneut an, um nochmals ein Stück zu erwerben.⁷⁴

Das Westfälische Volksblatt meldete in einem Artikel mit der Überschrift „Butter-Jagd“ im Februar 1916,⁷⁵ daß Soldaten, die aus Industriegebieten stammten und in der Senne stationiert waren, eine regelrechte „Jagd“ auf die Butterfrauen veranstalteten, indem sie die Züge, in denen die Butterfrauen zum Markt fuhren, rücksichtslos stürmten und ihnen die Ware abhandelten. In der Presse wird die Vermutung geäußert, daß die Soldaten bezahlte Agenten einiger Geschäftsleute aus dem Ruhrgebiet seien. Die Butter wäre meist „in Kisten von

65 Vgl. WV v. 10. 11. 1915. Marktpreise v. 13. 11. 1915: 2,00-2,50 M.

66 Vgl. WV v. 4. 11. 1915.

67 Vgl. WV v. 11. 11. 1915.

68 Vgl. ebd.

69 Vgl. WV v. 13. 11. 1915.

70 Vgl. WV v. 2. 12. 1915.

71 Ebd. Der Vorkriegspreis für 1 Ei lag zwischen 7 und 8 Pf. Vgl. WV, Marktpreise v. 11. 07. 1914.

72 Vgl. WV v. 13. 12. 1915.

73 Vgl. WV v. 16. 12. 1915.

74 Vgl. WV v. 23. 12. 1915.

75 Vgl. WV v. 28. 2. 1916.

20-30 Klg. nach Dortmund, Barmen usw. verschickt“⁷⁶ worden. Es verwundert nicht, daß diese Mengen, die dem Paderborner Markt entzogen wurden, eine Unterversorgung der städtischen Bevölkerung verursachten.

Auffallend ist, daß die größte Teuerungsrate bei den preiswerteren Sorten des jeweiligen Produktes festzustellen ist. So stiegen die Preise für einfache Bauernbutter, die grober und wasserhaltiger als die feine Süßrahm-Molkereibutter war, von Juli 1914 bis November 1915 um 120%, die für hochwertigere Molkereibutter jedoch „nur“ um gut 90%.⁷⁷ Eine ähnliche Beobachtung ist bei Frischfleisch zu machen.⁷⁸

Die erhebliche Verteuerung bei vormalig preiswerteren Sorten mußte besonders die ärmere Bevölkerung⁷⁹ treffen, die schon vor dem Krieg auf diese Waren angewiesen war. Sie mußte nun mehr Geld für die Beschaffung von Lebensmitteln aufbringen, was bei stetig steigenden Preisen besonders bei hochwertigen Produkten wie Fleisch, Butter und Milchprodukten letztlich nicht mehr möglich war und zu einer Unterversorgung mit diesen Nahrungsmitteln führen mußte. Bereits im Herbst 1915 warnte der Magistrat der Stadt Paderborn vor einer drohenden Milchknappheit und mahnte besonders die wohlhabenden und großen Haushaltungen zum sparsamen Umgang mit Milch, weil „die kleineren Leute und ihre Kinder die Gefahr laufen, unter dem Milchmangel am meisten zu leiden“.⁸⁰

Auf dem Gebiet der Fleischversorgung drohte den „ärmeren Leuten“ eine ähnliche Gefahr wie bei der Versorgung mit Milch. Zwar beschloß die Fleischer-Innung im Oktober 1915 „zwei billige Verkaufstage für Fleischwaren“, damit es auch den Familien der Kriegsteilnehmer und den Bürgern mit vielen Kindern möglich sein sollte, „sich ein Stückchen Fleisch zu beschaffen“.⁸¹ Ob und wie diese Regelung gehandhabt wurde, darüber gibt es keine Aussagen. Weder über die Preise noch über die Qualität des „billigen“ Fleisches ist etwas bekannt.

76 Vgl. ebd.

77 Vgl. Anm. 64.

78 Vgl. Anm. 40.

79 Löst man die Sozialstruktur Paderborns nach dem zu versteuernden Einkommen seiner Bürger auf, so ergibt sich folgendes Bild: 1907 standen 785 Einwohner (8,2%) mit einem zu versteuernden Einkommen von über 3 000 M 4 519 steuerfreien Erwerbstätigen (47,4%) mit weniger als 900 M durchschnittlichem Jahreseinkommen gegenüber. Die mittlere Gruppe setzte sich aus 4 195 Einwohnern mit einem jährlichen Einkommen zwischen 900 und 3 000 M zusammen. Als erstes wird sich die veränderte Versorgungssituation mit ihren erhöhten Preisen auf die untere Einkommensschicht ausgewirkt haben. Es ist aber wahrscheinlich, daß im Verlauf des Krieges auch zunehmend Teile der mittleren Einkommensgruppe davon betroffen waren. Zu den Einkommensangaben vgl. Von der Elektrischen zum Allelektrischen, hg. v. der PESAG anlässlich ihres 75jährigen Bestehens 1984. Paderborn 1984. Zum jährlichen Durchschnittseinkommen der verschiedenen Berufsgruppen vgl. Hoffmann, S. 471-490.

80 WV v. 13. 10. 1915.

81 WV v. 9. 10. 1915.

Ebensowenig ist festzustellen, ob sich nicht auch weniger bedürftige Bürger mit diesem Angebot versorgt und somit den ärmeren das Fleisch entzogen haben.

Als Folge der drohenden Frischfleisch- und Fettnot durften nun an allen Dienstagen und Freitagen kein Fleisch, keine Fleischwaren und keine Speisen, die ganz oder teilweise aus Fleisch bestanden, verkauft werden.⁸² „Fett und Fleisch werden knapp. Von der Kanzel müssen die Pfarrer zur freiwilligen Abgabe für die hungernden Paderborner auffordern“,⁸³ notierte J. Friedel im Frühjahr 1916 in seinem Tagebuch. Dieser Eintrag macht deutlich, daß es sich im Stadtgebiet nicht mehr nur um einen Engpaß in der Fleischversorgung, sondern schon um eine akute Unterversorgung handelte. Aus der Notiz geht aber auch hervor, daß Reserven der ländlichen Produzenten vermutet wurden, die nun mit Hilfe der Kirche aktiviert werden sollten.⁸⁴ Daß Reserven zumindest in einigen Gemeinden vorhanden waren, zeigen Meldungen des Westfälischen Volksblattes im April 1916: Die Ortschaften Ostenland und Westenholz sammelten in diesem Monat 41 bzw. 46 Ztr. Trockenwaren und Frischfleisch für die Paderborner.⁸⁵

Auch verschiedene Paderborner Tierzuchtvereine versuchten, durch ihre Aktivitäten der Mangelsituation abzuhelpen, doch durften keine durchgreifenden Veränderungen erwartet werden. Der Eisenbahnerverein wies während seiner Kaninchenausstellung im Mai 1916 auf die hervorragenden Eigenschaften dieser Tiere hin. Sie böten ein ausgezeichnetes Fleisch und würden Verwendung in der Leder- und Pelzverwertung finden.⁸⁶ Der Ziegenzucht-Verein Paderborn versuchte seine Mitglieder durch Anreiz von Prämien zur Aufzucht von Mutterlämmern zu bewegen, weil diese die Milchknappheit hätten lindern helfen können.⁸⁷

Um es weniger begüterten Bürgern wieder möglich zu machen, selbst ein Schwein aufzuziehen, wurde durch den Landwirtschaftlichen Kreisverein Paderborn eine „Ferkel-Vermittlung“ ins Leben gerufen. Sie sollte Ferkel zu niedrigen Preisen abgeben,⁸⁸ denn die Marktpreise waren beinahe nicht mehr zu zahlen. So kostete ein sechs Wochen altes Ferkel auf dem Paderborner Viehmarkt 60-62 Mark,⁸⁹ der Landwirtschaftliche Kreisverein gab die Jungtiere für 43,50 Mark an

82 Vgl. *Roerkohl*, Lebensmittelfrage, S. 333. Bekanntmachung zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs vom 28. 10. 1915.

83 StdtA PB S1/13/2, TB Friedel, April 1916.

84 Anfang April hatte eine Versammlung der Seelsorger und Vorsteher der Landgemeinden stattgefunden, an der auch der Landrat, der Oberbürgermeister und der Generalvikar teilnahmen. Man beschloß, daß es in Zukunft die Aufgabe der Pfarrer sein sollte, „den leider vielfach auftretenden Gegensatz zwischen Stadt- und Landbevölkerung, zwischen Produzenten und Konsumenten zu mildern“. WV v. 6. 4. 1916.

85 Vgl. WV v. 17. 4. 1916.

86 Vgl. WV v. 6. 3. 1916.

87 Vgl. WV v. 13. 4. 1916.

88 Vgl. WV v. 12. 5. 1916. Die Ferkelvermittlung lief bis Ende Juli 1916. Vgl. WV v. 23. 6. 1916.

89 Vgl. StdtA PB S1/13/2, TB Friedel, Januar 1916.

weniger wohlhabende und für 48 Mark an andere Bürger ab.⁹⁰ In den ersten zwei Wochen dieser Aktion wurden 450 Tiere vermittelt. Wie viele davon an die einkommensschwachen Einwohner verkauft wurden, ist nicht bekannt. Ob diese dann überhaupt in der Lage waren, die Tiere trotz des steigenden Futtermangels⁹¹ und der daraus resultierenden erhöhten Futtermittelpreise großzuziehen, kann nicht nachgewiesen werden.⁹² Zusätzlich zum Ferkelverkauf wurden ab Mai wieder Speck und Fleisch über den städtischen Verkauf abgegeben, und zwar nicht nur an die besonders bedürftigen Einwohner, sondern generell an alle Bürger, die nicht geschlachtet hatten.⁹³

Dem Fleischmangel durch Ausweichen auf andere Lebensmittel wie Butter, Eier oder Hülsenfrüchte zu entgehen, war wegen der bereits erwähnten, ebenfalls drastisch erhöhten Preise für viele Bürger keine Alternative.

Es wird deutlich, daß sich die Versorgung der städtischen Bevölkerung bis zum Frühjahr 1916 erheblich verschlechtert hatte. Aber auch die Landbevölkerung spürte allmählich die Auswirkungen des Krieges auf ihre Lebenshaltung. Bohnen, die in Paderborn bereits vom Markt verschwunden waren, kosteten in Marienloh je Pfund 70 Pf.⁹⁴ Rechnet man diesen Preis auf die übliche Marktmenge von 2 Ztr. hoch, so steht dem Vorkriegspreis von 28-40 M ein Preis von 140 M im Februar 1916 gegenüber. Die Eierpreise näherten sich den städtischen Preisen an: In Marienloh mußten 22-25 Pf für ein Ei, in Paderborn 25-27 Pf gezahlt werden.⁹⁵ Der Preis für Rübol stieg um 190% von 2,40 M je Liter im September 1915 auf 7 M im April 1916. Für eine Zigarre, die vor dem Krieg 5 Pf kostete, mußten nun 15 Pf, für ein Pfund Tabak 6-7 M statt 1,50 M gezahlt werden.⁹⁶ Es ist deutlich erkennbar, daß auch auf dem Lande erhebliche Verteuerungen eintraten. Jedoch ist zu berücksichtigen, daß die meisten Landbewohner ihre Nahrung mehr oder weniger selbst produzierten und sich dadurch zumindest mit Lebensmitteln direkt versorgen, also von ihrem Selbstversorgerbonus zehren konnten. Die Stadtbevölkerung war dagegen völlig von der Zulieferung abhängig. Dieser Zustand beeinträchtigte auch weiterhin die Stadt-Land-Beziehungen. Die Spannungen wurden durch die stetig steigenden Preise und den immer stärker auftretenden Lebensmit-

90 Vgl. WV v. 20. 5. 1916.

91 Das Deutsche Reich mußte vor dem Krieg jährlich gut ein Drittel (6 Mio. To) des absoluten Futtermittelbedarfs importieren, darunter Kleien, Mais, Ölkuchen und Futtergerste. Vgl. Gerd Hardach: *Der Erste Weltkrieg*, München 1973, S. 121.

92 Auch die Küchenabfälle, die immer wieder als hervorragendes Schweinefutter angepriesen wurden, werden nur selten ausgereicht haben. Die Nahrungsmenge der Menschen ging zurück und damit auch die anfallenden Abfälle, zumal die Lebensmittel mit steigender Verknappung möglichst vollständig verwertet wurden.

93 Vgl. WV v. 5. 5. und 25. 5. 1916.

94 Vgl. StdtA PB S1/13/2, TB Friedel, Februar 1916.

95 Vgl. TB Friedel, Mai 1916.

96 Vgl. StdtA PB, H Neuenbeken.

telwucher verschärft. Die meisten Städter hatten das Gefühl, von den ländlichen Erzeugern ausgenutzt zu werden, und empfanden deren Verhalten, besonders in dieser Krisenzeit, als verwerflich. Verschärft wurde die Betroffenheit durch die vermeintliche Untätigkeit des Magistrats der Stadt, mit amtlichen Höchstpreisfestsetzungen und Bekämpfung des Wuchers die Verknappung und Verteuerung der Lebensmittel zu stoppen. Je länger eine Preisbeschränkung hinausgezögert wurde, „desto höher war auf Grund der ständigen Teuerungsrate der (dann) festgesetzte Höchstpreis“.⁹⁷

Obwohl die örtlichen Behörden auf der einen Seite den Forderungen der Konsumenten nach Höchstpreisen gerecht werden mußten, wollten sie auf der anderen Seite durch eine möglichst unbegrenzte Preisentwicklung die Produktion fördern. Die örtlichen Preise stiegen zunächst für viele Lebensmittel frei, so daß z. B. bei der Festsetzung des Höchstpreises für Butter (1,80 M) der in der Tagespresse veröffentlichte offizielle Marktpreis in Paderborn bereits zwischen 2 und 2,50 M lag. Dieser Preis wurde allem Anschein nach nicht auf den nun geltenden Höchstpreis korrigiert, sondern stillschweigend akzeptiert, denn der offizielle Marktpreis behielt weiter seine Gültigkeit.⁹⁸

Es hat den Anschein, daß der Magistrat und der Landrat nur wenig gegen die bereits bestehenden hohen Preise unternahmen, damit bestimmte Waren überhaupt auf den Markt kamen. Die offiziellen Stellen versuchten offensichtlich über „halbamtliche“ Maßnahmen wie der Dauerwaren- und Frischfleischsamm lung die Versorgungslage der städtischen Bevölkerung zu verbessern. Unterstützung suchten sie dabei weiterhin im karitativen Vereinswesen. Es bemühten sich jedoch auch Berufsverbände oder Vereine durch Eigeninitiative, die Notlage besonders der ärmeren städtischen Bevölkerung zu lindern. Das zeigt eine Verschiebung der Verantwortlichkeit von der amtlichen auf eine „inoffizielle“ Ebene bzw. die Ausdehnung der nicht behördlich geregelten Initiativen und Maßnahmen.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung bezüglich ihrer Versorgung hatte im gesamten Deutschen Reich bis zum Frühjahr 1916 ein solches Ausmaß erreicht, daß sich die Reichsregierung gezwungen sah, dem Wunsch nach einer regelnden Zentralinstanz zu entsprechen. Am 23. Mai 1916 wurde ein ziviles Kriegsernährungsamt (KEA) gegründet, dem das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reich befindlichen Lebensmittel, Rohstoffe, Futtermittel und über die Gegenstände übertragen wurde, die zur Lebensmittel- und Viehversorgung notwendig waren. Das KEA war befugt, alle zur Durchführung erforderlichen Bestimmungen wie Verkehrs- und Verbrauchsregelungen, Beschlagnahme und Preisfestsetzungen durchzuführen. Es hatte allerdings keinen Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktionsförderung, die weiterhin Aufgabe der jeweiligen Land-

97 Roerkohl, Lebensmittelversorgung, S. 323.

98 Vgl. WV, Marktpreise v. 13. 11. 1915 u. 24. 6. 1916.

wirtschaftskammern war. Die Zuständigkeit des KEA bezog sich auch nicht auf die Heeresversorgung.

Die Bevölkerung hoffte nun auf den baldigen Abbau der Nahrungsmittelnot. Das KEA jedoch stand wegen der bisherigen Entwicklung der zivilen Versorgungswirtschaft vor fast unüberwindbaren Hindernissen, so daß es sich genötigt sah, die Hoffnung der Bevölkerung „auf das richtige Maß“⁹⁹ herabzuschrauben, um zu großen Enttäuschungen vorzubeugen.

Die dringlichsten Aufgaben bestanden in einer Verbesserung der Kartoffelversorgung besonders in den Großstädten und Industriegebieten, im Ausgleich der mangelhaften Fettversorgung und Fleischverteilung sowie in der Bekämpfung von Mißbräuchen (Wucher, Getreideverfütterung etc.) auf dem Lebensmittelsektor. Die ersten Maßnahmen des KEA wurden im Juni 1916 im Bereich der Kartoffelversorgung durchgeführt. Diese Notstandsmaßnahme, die bis zum Beginn der Frühkartoffelernte 1917 den Mindestbedarf der Bevölkerung decken sollte, senkte den Selbstversorgeranteil der Produzenten auf ein Pfund pro Tag – der Tagessatz der städtischen Bevölkerung war bereits auf ein Pfund herabgesetzt.¹⁰⁰ Die Anordnungen wurden jedoch nicht einheitlich befolgt.

In Paderborn wurden diese Maßnahmen zur Stabilisierung der Kartoffelversorgung erst Mitte Oktober 1916 ergriffen. Den Tagessatz für die städtische Bevölkerung senkte der Magistrat auf ein Pfund, den der Produzenten auf 1,5 Pfund.¹⁰¹ Paderborn führte die Anweisungen des KEA also erst vier Monate später durch,¹⁰² und zwar nicht etwa vorbeugend, sondern als bereits ein Kartoffelmangel bestand.¹⁰³ Trotzdem wurde noch Ende September in einer Sitzung des Stadtparlaments¹⁰⁴ beschlossen, daß sich die Stadtbewohner das zugewiesene Kontingent von noch¹⁰⁵ 1,5 Pfund pro Tag und Kopf in einer Menge, die bis zum 15. 8. 1917 reichen sollte, selbst beschaffen und als Vorrat einkellern sollten. Wegen der nur schleppend anlaufenden neuen Ernte wurde die Kartoffelration dann aber im Oktober auf ein Pfund gesenkt. Die Versorgung aller Familien der Stadt konnte aber keineswegs mehr gesichert werden, denn die Kartoffelernte 1916 sollte (nicht

99 Zitiert nach *Roerkohl*, Lebensmittelversorgung, S. 339, Anm. 130.

100 Vgl. dies., Lebensmittelversorgung, S. 339, Anm 134: Bekanntmachung über Speisekartoffeln v. 19. Juni 1916, Reichsgesetzblatt S. 532.

101 Vgl. WV v. 21. 10. 1916. In einer Akte über die Lebensmittelfrage im Kreis Paderborn v. 28. 11. 1916 wird für diesen Zeitraum von 24 000 Selbstversorgern und 50 000 Versorgungsberechtigten im Kreisgebiet gesprochen. Vgl. EBA PB, XXIII 5, Intus: Krieg-Volksernährung.

102 Vgl. WV v. 21. 9. 1916.

103 Vgl. WV v. 7. 9. 1916. Sitzung der Konsumentenvereinigung.

104 Vgl. WV, Sitzung des Stadtparlaments vom 25. 9. 1916.

105 Die Senkung der Kartoffelration im Paderborner Raum war erst für Mitte Oktober angekündigt. Solange galt der bis dahin festgesetzte Tagessatz von 1,5 Pfund.

nur)¹⁰⁶ im Paderborner Raum erheblich schlechter ausfallen, als man es erhofft hatte.¹⁰⁷ Wie dramatisch sich die Situation bis Ende 1916 entwickelt hatte, zeigt ein Artikel des Westfälischen Volksblattes, in dem es heißt: „Mindestens die Hälfte der Stadtbewohner ist noch ohne jegliche Kartoffel.“¹⁰⁸ Die Folge war die Streckung der Kartoffelvorräte durch Steckrüben, Sauerkraut, Weißkohl und Mohrrüben sowie eine erneute Reduzierung der Ration auf 0,75 Pfund für die Städter und 1 Pfund für die Produzenten.¹⁰⁹ Zusätzlich wurden fünf Pfund Steckrüben ausgegeben, Schwerarbeiter erhielten 10 Pfund. Für den Fall, daß selbst diese Menge Kartoffeln nicht verteilt werden konnte, sollte für jedes fehlende Pfund die doppelte Menge an Steckrüben ausgegeben werden.¹¹⁰ Ende Januar 1917 wurden die Rationen erneut gesenkt. Normalverbraucher standen nun pro Woche drei Pfund Kartoffeln und acht Pfund Steckrüben, den Schwerarbeitern – in der Mehrzahl Eisenbahner – sechs und sechzehn Pfund zu. Selbst mit dieser geringen Zuteilung an Kartoffeln konnten nicht alle Städter versorgt werden. Landrat v. Laer teilte in seinem Januarbericht mit, „daß in Paderborn eine ganze Anzahl von Familien ist, die keine Kartoffeln hat“.¹¹¹

Zur Alternative für die Kartoffel, die ja selbst schon „Ersatzmittel“ für andere fehlende Nahrungsmittel geworden war, wurde auch in Paderborn die Steckrübe.¹¹² Sie fand umfangreiche Verwendung als Streckungsmittel für Brot und wurde bald zum Hauptnahrungsmittel, so daß auch die Paderborner den berühmten-berüchtigten „Kohlrübenwinter“ 1916/17 hart zu spüren bekamen.

Die Brotversorgung konnte bis Dezember 1916 ohne größere Schwierigkeiten aufrechterhalten werden, obwohl auch die Getreideernte nicht die erwarteten

106 Zu den Ernteerträgen in Westfalen während des Ersten Weltkrieges vgl. Anne Roerkohl: Der Erste Weltkrieg in Westfalen. Lebensmittelmangel und Hunger an der „Heimatfront“, hg. v. Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Reihe: Westfälische Wirtschafts- und Sozialgeschichte, H. 3, Münster 1987, S. 20, Dia 1; zu den Ernteerträgen des Deutschen Reiches insgesamt im Ersten und Zweiten Weltkrieg vgl. Burchardt (1974), S. 74.

107 Diese Erwartungen beruhten zum Teil auf falschen Schätzungen im Sommer. Außerdem mußte der Kreis Paderborn, der schon in Friedenszeiten von einer Kartoffelfzufuhr aus dem Kreis Büren und aus Mitteldeutschland angewiesen war, 5 000 Ztr. an die Heeresverwaltung abgeben. Wie alle Landkreise wurde auch der Kreis Paderborn mit Kriegsbeginn als Selbstversorgerkreis ausgewiesen, so daß das KEA Anträge auf Zuschüsse ablehnte, was für die Stadt Paderborn besonders problematisch war. Sie war keine kreisfreie Stadt und somit auch nicht zuschußbedürftig, also ausschließlich von ihrem landwirtschaftlichen Umland abhängig. Falsche Ernteschätzungen: vgl. WV, Sitzung d. Stadtverordneten v. 8. 9. 1916; Heeresbelieferung: vgl. StA DT, M1 IU 833. Berichte v. 12. 9. u. 10. 10. 1916 sowie WV, Sitzung der Stadtverordneten v. 8. 9. 1916; Kartoffeleinfuhr: vgl. StA DT, M1 IU 833. Bericht v. 13. 7. 1916; Status der Stadt: vgl. WV, Sitzung der Stadtverordneten v. 25. 9. 1916.

108 WV v. 28. 10. 1916.

109 Vgl. WV v. 13. 12. 1916.

110 Vgl. WV v. 31. 12. 1916.

111 StA DT, M1 IU 834.

112 Die Kartoffelversorgung sollte sich im Kreis Paderborn erst mit der günstiger ausfallenden Kartoffelernte 1917 bessern. Vgl. StA DT, M1 IU 832. Berichte v. 6. 2.; 6. 9. und 5. 10. 1917.

Erträge erreicht hatte. Im Januar des neuen Jahres machte sich dann aber sehr schnell ein Mehlmangel bemerkbar.¹¹³ Bereits eine Woche später mußten Paderborner Bäcker das Brot zum ersten Mal mit Rüben strecken,¹¹⁴ da die Kartoffel als Streckungsmittel wegen des bereits erwähnten Mangels ausfiel. Außerdem wurde das Brotgetreide bereits zu 97 % ausgemahlen.¹¹⁵

Trotz höchster Ausmahlquoten und der Rübe als Streckungsmittel mußten die Brotrationen auch in Paderborn im April 1917 gesenkt werden, und zwar noch unter die offizielle Zuteilungsmenge von 170 g Mehl.¹¹⁶ Die Mehlmenge wurde von 185 auf 155 g und Brot von 250 auf 200 g reduziert. Einen gewissen Ausgleich sollte die Erhöhung der Fleischzuteilung auf 500 g bringen. Die bisherige wöchentliche Höchstmenge betrug 250 g einschließlich Knochenanteil.¹¹⁷ Für Paderborn hätte das eine Zunahme von 300 g pro Person und Woche bedeutet, was aber illusorisch war, da noch nicht einmal die bisherige offizielle Höchstmenge von 250 g ausgegeben werden konnte.¹¹⁸ Im Mai betrug die Fleischration der städtischen Bevölkerung sogar nur 150 g. Diese erhebliche Unterversorgung¹¹⁹ ging zum Teil auf den drastischen Rückgang des Schweinebestandes im Kreis Paderborn¹²⁰ zurück, wurde aber zusätzlich auch durch die Schonung des Rindviehbestandes verschärft. Oberbürgermeister Otto Plaßmann erwartete den freiwilligen Verzicht seiner Bürger auf eine Fleischzulage, da das Rindvieh für Zusatzschlachtungen nicht in Betracht käme – sonst würde eine noch schlechtere Milch- und Butterversorgung eintreten.¹²¹ Dennoch sind im Mai 1917 größere Viehaushebungen durchgeführt worden, die zu Lasten des Rindviehbestandes gingen.¹²² Trotz dieser Zusatzschlachtungen wurde in Paderborn zu keiner Zeit die offiziell

113 Vgl. WV v. 6. 1. 1917.

114 Vgl. WV v. 12. 1. 1917. Bundesratsverordnung v. 1. 12. 1916.

115 Vgl. WV v. 7. 3. 1917. Die Ausmahlquote betrug im Reichsdurchschnitt 94%.

116 Vgl. Roerkohl, Lebensmittelversorgung, S. 348 u. StdtA PB, H Neuenbeken.

117 Vgl. dies., Lebensmittelversorgung, S. 349: Bekanntmachung über Zusatzfleischkarten vom 15. 4. 1917, Reichsgesetzblatt S. 355.

118 Vgl. WV v. 24. 1. 1917: 150 g Fleisch + 50 g Wurst

„ 23. 3. 1917: 250 g Fleisch

„ 13. 4. 1917: 200 g Fleisch.

119 Der Friedensverbrauch lag bei durchschnittlich 1 000 g wöchentlich. Vgl. Friedrich *Aereboe*: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland. Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927, S. 77.

120 Vgl. WV v. 23. 3. 1917

Bestand Sept. 1916: 27 376 Tiere

„ März 1917: 18 884 „

121 Vgl. ebd. Im Kreis Paderborn wurde ohnehin keine umfangreiche Milchwirtschaft betrieben. Vgl. Günter von Geldern-Crispendorf: Der Landkreis Paderborn. Münster/Köln 1953, S. 30f., und Walter Hubatsch (Hg.): Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Bd. 8, Westfalen. Marburg 1980, S. 174.

122 Vgl. StA DT, M1 IU 832. Bericht v. 6. 8. 1917.

festgesetzte Ausgleichsmenge von 500 g Fleisch ausgeteilt. Die wöchentlichen Fleischrationen lagen von Mai 1917 bis April 1918 zwischen 120 und 220 g; die am häufigsten ausgeteilte Menge betrug 150 g. Die Fleisch-, Milch- und Butterversorgung sollte aber noch bis zum Kriegsende und darüber hinaus immer stärkere Einschränkungen erfahren.¹²³ Butter konnte in Paderborn nur ein einziges Mal, nämlich im Mai 1917,¹²⁴ in der offiziellen Höchstmenge (62,5 g) ausgegeben werden. Bis 1918 schwankten die städtischen Rationen dann zwischen 25 und 40 g.¹²⁵ Die in Paderborn ausgegebenen Buttermengen lagen in diesem Zeitraum also deutlich unter dem Reichsdurchschnitt von 66–69 g.¹²⁶

Die Gründe des massiven Buttermangels lagen zunächst in der allgemeinen Veränderung der landwirtschaftlichen Produktion während des Krieges, besonders auf dem Futtermittelsektor.¹²⁷ So wichen – und das gilt auch für den Kreis Paderborn – die Landwirte auf Getreide und Kartoffeln, mit zunehmender Knappheit auf Milch für die Aufzucht der Jungtiere aus. Da die hohen Fleischpreise großen Anreiz auf die Kälberaufzucht ausübten, sahen die Landwirte in der Verfütterung von Milch die Möglichkeit, höhere Gewinne zu erzielen als durch den Verkauf von Milch und Butter.¹²⁸ Außerdem förderte der festgesetzte Höchstpreis den Butterverzehr der ländlichen Erzeuger und verstärkte den Schwarzmarktverkauf: „Der gedrückte amtliche Butterpreis verleitet die Landwirte, selbst reichlich Butter zu essen und Butter auf Schleichwegen zu hohen Preisen zu verkaufen.“¹²⁹ Der Schleichhandel fand seine Entsprechung in dem nach wie vor grassierenden Aufkäuferum. Die im Kreis stationierten Soldaten stellten weiterhin den überwiegenden Teil der Aufkäufer, und auch die Bitte des Städtischen Ernährungsamtes an das Stellvertretende Generalkommando, „den Butterkampf der Soldaten wirksam zu verhindern“,¹³⁰ hatte nicht gefruchtet. 20 000 (!) Soldaten „hamster(te)n wie die Vampyre“¹³¹ und entzogen der Stadtbevölkerung große Lebensmittelmengen.

123 Vgl. ebd. Bericht v. 7. 9. 1918.

124 Vgl. WV v. 21. 5. 1917.

125 Vgl. WV v. 7. 12. 1917, 12. 1.; 25. 1. u. 30. 3. 1918. Der offizielle Selbstversorgeranteil lag in Paderborn zwischen 60 und 80 g wöchentlich. Vgl. ebd.

126 Vgl. *Roerkohl*, Lebensmittelversorgung, S. 361.

127 Die inländische Viehzucht und damit die Produktion von tierischen Fetten und Fleisch waren in hohem Maße vom Import ausländischen Kraftfutters abhängig. Die Menge der produzierten Fette sank während des Krieges insgesamt um mehr als die Hälfte der Friedensmenge. Vgl. Adolf *Beythien*: Volksernährung und Ersatzmittel. Leipzig 1922, S. 241.

128 Vgl. WV v. 9. 11.; 24. 11. u. 31. 12. 1916.

129 StA DT, M1 IU 834. Bericht v. 9. 2. 1917. Soldaten zahlten 4 Mark für ein Pfund Butter (Höchstpreis 2,50–2,70 M). Vgl. WV v. 1. 12. 1916.

130 WV, Sitzung des Städt. Ernährungsamtes v. 1. 12. 1916.

131 WV v. 23. 3. 1917.

Auch der im Dezember 1916 durch den Landrat erlassene Molkereizwang,¹³² der zu einer erhöhten Kontrolle der Butterproduktion führen sollte, verbesserte die Versorgung nicht. Die Überlegung, daß dort, wo nur Molkereien buttern durften, mehr erzeugt werde als bei der direkten Verarbeitung durch die landwirtschaftlichen Betriebe, bestätigte sich nicht. Im Gegenteil; das Städtische Ernährungsamt mußte im März 1917 feststellen, daß der Molkereizwang die „Butterversorgung verschlechtert statt verbessert hat“¹³³. Die Gründe lagen in der Organisation: Die Behörden hatten die privaten Zentrifugen schließen lassen, bevor die Transportmöglichkeiten überprüft worden waren.¹³⁴ Wegen der zu großen Anlieferungsschwierigkeiten der Milch zu den Molkereien¹³⁵ gab es weder ausreichend Butter in den Molkereien noch bei den Produzenten, deren Zentrifugen verplombt waren. Anfang Februar 1917 mußten sie wieder geöffnet werden.¹³⁶ Ein weiteres, großes Hindernis für die Butterversorgung des Paderborner Raumes war das Kurbad Lippspringe. Noch im Dezember 1917 mußten an jeden Kurgast 250 (!) g der im Kreis erzeugten Butter abgeliefert werden,¹³⁷ – im Januar 1918 befanden sich 1 400 Kurgäste in Bad Lippspringe.¹³⁸

Die Brotversorgung, die im April 1917 spürbar eingeschränkt worden war, wurde im Juli erheblich erweitert. Die Brotrationen stiegen von 200 auf 500 g und die Mehlrationen von 155 auf 390 g. Der Grund dieser Maßnahmen war die erst jetzt in ihrer vollen Tragweite zum Ausdruck kommende Kartoffelnot, die ja bereits im Winter zu massiven Einschränkungen geführt hatte. Die auszugebende Kartoffelmenge von 3,5 Pfund¹³⁹ im Mai 1917 existierte beinahe nur noch als fiktive Menge, denn kaum ein Sechstel der städtischen Bevölkerung konnte Ende des Monats noch mit Kartoffeln versorgt werden.¹⁴⁰ Im Juni brach die Kartoffelversorgung vollkommen zusammen.¹⁴¹ Als Ersatz wurden auf die Kartoffelkarte

132 Zur Einführung des Molkereizwangs vgl. WV v. 31. 12. 1916. Bekanntmachung des Landrates v. 29. 12. 1916.

133 WV v. 14. 3. 1917. Für diesen Zeitraum liegen allerdings keine Zahlen über die zur Verfügung stehende Buttermenge vor.

134 Vgl. WV v. 17. 1. 1917.

135 Vgl. WV v. 3. 2. 1917.

136 Vgl. WV, Sitzung des Konsumentenvereins v. 26. 1. 1917. Inwieweit die Transportschwierigkeiten nicht nur durch den Mangel an Fuhrwerken, sondern auch durch eine gewisse „Zurückhaltung“ der Landwirte hervorgerufen wurde, ist nicht festzustellen. Mangelnde Fuhrwerke vgl. StdtA PB, H Neuenbeken.

137 Vgl. WV v. 13. 12. 1917.

138 Vgl. WV v. 15. 1. 1918. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Kurgäste betrug laut WV v. 23. 3. 1917 28 Tage, jedoch wurden häufig auch 55-60 Tage erreicht. Es seien in der Mehrzahl wirklich Kranke gewesen, die zur Genesung „überernährt“ werden mußten.

139 Vgl. WV v. 15. 5. 1917.

140 Vgl. WV v. 22. 5. 1917.

141 Vgl. WV, Sitzung d. Städt. Ernährungsamtes v. 25. 5. 1917.

zunächst Zugaben in Form von gedörrten Steckrüben¹⁴² oder Spargel¹⁴³ verteilt; als die Versorgung mit Kartoffeln vollkommen ausblieb, griff der Magistrat auf das Brot zurück, da ein Zuwachs der Fleischrationen nicht zu erwarten war. Wie die erhebliche Erhöhung der Brotrationen, die doch erst drei Monate zuvor wegen Mangels an Getreide gesenkt worden waren, ermöglicht werden sollte, ist nicht nachzuweisen.

In der zweiten Julihälfte konnten dann die ersten Frühkartoffeln verteilt werden, und zwar 5 Pfund wöchentlich pro Person oder die bisherige Menge an Brot und Mehl. Die Kartoffelversorgung verbesserte sich während des Herbstes, so daß im Oktober 1917 die Brotration wieder herabgesetzt wurde.¹⁴⁴ Die abgegebenen Kartoffelmengen erhöhten sich bis September auf 8 Pf.¹⁴⁵ Die verbesserte Kartoffelversorgung ist aber kein Zeichen für eine allgemein eintretende Entspannung der Ernährungslage in Paderborn, denn die hochwertigeren Nahrungsmittel unterlagen weiterhin einer massiven Einschränkung. Weder die offiziellen Fleischrationen noch die erforderlichen Milch- und Buttermengen konnten ausgegeben werden. Im Januar 1918 war noch nicht einmal für Kinder und Kranke – die Milchvorzugsberechtigten – genügend Milch vorhanden.¹⁴⁶

Diese akute Gefährdung der Milchversorgung für Säuglinge und Kleinkinder veranlaßte Dr. Friedrich Mann, den Leiter der Provinzial-Hebammen-Lehranstalt in Paderborn, eine Kindermilchabgabestelle einzurichten. Die Kindermilchanstalt konnte in der Klinik täglich mehr als 150 Kinder mit Milch und sonstiger Kost versorgen; ihre Mütter mußten nun nicht mehr stundenlang nach Milch anstehen.¹⁴⁷

Die möglichst umfassende Versorgung der städtischen Bevölkerung mit – rationierten! – Grundnahrungsmitteln wie Brot, Kartoffeln, Fleisch und Milch wurde in Paderborn nicht geleistet. Die Mindestration an Fett und Fleisch konnte – mit einer einzigen Ausnahme bei Butter – überhaupt nicht, die Rationen an Kartoffeln konnten nur zum Teil und die offizielle Brotmenge konnte mit kleinen Einschränkungen ausgegeben werden. So wird auch deutlich, daß für die Versorgungsberechtigten die verschiedenen Zuteilungskarten nicht mit der Garantie verbunden waren, die angegebenen Höchstmengen auch zu erhalten. Mit Ausnahme von Brot handelte es sich bei allen anderen Lebensmitteln bei den auf den

142 Vgl. WV v. 15. 5. 1917.

143 Vgl. WV v. 22. 5. u. 8. 6. 1917.

144 Vgl. WV v. 31. 10. 1917.

145 Vgl. WV v. 18. 7., 19. 8. u. 8. 9. 1917. Zahlen für das letzte Kriegsjahr liegen nicht vor.

146 Vgl. WV v. 15. 1. 1918. Bereits Ende 1916 stand in Paderborn nur die Hälfte des absolut notwendigen Milchbedarfs für Schwangere und Stillende, Kranke und Kinder zur Verfügung. Statt der benötigten 8 000 Liter konnte nur über 4 000 Liter verfügt werden. Vgl. EbA PB, XXIII 5, Intus: Krieg-Volksernährung.

147 Zur Einrichtung der Kindermilchanstalt vgl. StdtA PB, S1/12/1, Lebenserinnerungen Dr. F. Mann, S. 205f.

Karten angegebenen Mengen um Höchstmengen, die nicht überschritten, wohl aber unterschritten werden konnten.¹⁴⁸ Von dieser Handhabung mußte auch in Paderborn Gebrauch gemacht werden.

Um das fortdauernde Defizit an Grundnahrungsmitteln zu mildern, wurde im gesamten Deutschen Reich als Ersatz immer häufiger auf Nahrungsmittel zurückgegriffen. Das Städtische Ernährungsamt stellte für die Stadt Paderborn fest, daß zuwenig Nahrungsmittel zur Verfügung standen.¹⁴⁹ Zur Verteilung kamen monatlich zwischen 60-80 g Teigwaren, 60-175 g Graupen, 70-130 g Haferflocken, 50-100 g Gries, wobei Teigwaren und Graupen regelmäßig verteilt wurden, letztere häufig in Mengen von mehr als 100 g.¹⁵⁰ Zu Weihnachten 1917 ermöglichte der Magistrat den versorgungsberechtigten Paderbornern eine „umfangreichere“ Nahrungsmittel-zuteilung: 60 g Teigwaren, 140 g Graupen, 110 g Gries, 150 g Haferflocken, 500 g Kunsthonig sowie zusätzlich 50 g Fett und 125 g Kartoffeln.¹⁵¹ Außerdem erhielten die Karteninhaber bereits vor dem Weihnachtsfest die Januarration von 700 g Zucker sowie das Anrecht auf 1 Ei, für das sie 40 Pf zu zahlen hatten.¹⁵² Zu Ostern des nächsten Jahres hatte sich die Feiertagszulage allerdings erheblich verringert. Zur Verteilung kamen: 80 g Teigwaren, 62 g Sago, 45 g Hafergrütze und 500 g Kunsthonig.¹⁵³ Auffallend sind die hohen zuckerhaltigen Kunsthonig-rationen sowie die Verteilungsmenge an reinem Zucker.¹⁵⁴ Die Fettnot erhöhte insgesamt die Nachfrage an Marmelade und Kunsthonig,¹⁵⁵ und die allgemein verbreitete Meinung, Zucker sei als langanhaltender Energiespender eine billige und wertvolle Alternative, steigerte den Zuckerkonsum, so daß ab April 1916 die Bewirtschaftung von Zucker veranlaßt werden mußte.¹⁵⁶ Die unterschiedlich hohen Rationen erklären sich vermutlich durch die jeweilige Jahreszeit, denn es hat den Anschein, daß in bestimmten Monaten eine kommunale Reserve gebildet

148 Vgl. *Roerkohl*, Lebensmittelversorgung, S. 341, Anm. 139.

149 WV, Sitzung des Städt. Ernährungsamtes v. 2. 1. 1917 und StA DT, M1 IU 832. Bericht v. 4. 5. 1917. Die durchschnittliche Nahrungsmittelration im Reich konnte nicht ermittelt werden.

150 Vgl. WV v. 6. 3.; 18. 6.; 24. 7.; 10. 8.; 18. 10.; 17. 12. 1917 sowie 16. 1. u. 19. 3. 1918.

151 WV v. 17. 12. 1917.

152 WV v. 20. 12. 1917.

153 WV v. 19. 3. 1918.

154 Monatliche Zuckerrationen in Gramm:

23. 5. 1917	500
10. 8. „	700
20. 12. „	700
16. 1. 1918	500
28. 2. „	600
26. 3. „	600

155 Marmelade war in Paderborn schon Ende 1916 nur noch schwer erhältlich. Deshalb wurde als Ausgleich in größerem Umfang auf die Herstellung von Kunsthonig zurückgegriffen. Vgl. Protokoll d. Sitzung d. Kreisausschusses v. 14. 11. 1916, EbA PB, XXIII 5.

156 Zur Zuckerversorgung allgemein vgl. *Roerkohl*, Lebensmittelversorgung, S. 355.

wurde, um den vermehrten Zuckerverbrauch z. B. für Einmachzwecke oder das Backen an Festtagen zu ermöglichen.

Auf dem Gebiet der Gemüsezucht wurde seit Anfang 1916 von offizieller Seite darauf hingewiesen, den Anbau dieser Nahrungsmittel zu intensivieren.¹⁵⁷ Trotz guter Gemüseernte¹⁵⁸ wurden Wucherpreise verlangt, die schon 1916 den Vorkriegsstand um 300% überstiegen haben sollen.¹⁵⁹ Auf die Überlegungen, Höchstpreise für Gemüse festzusetzen, drohten Verkäuferinnen mit Marktboykott: „Dann mögen die Paderborner verschmachten und wenn das ganze Gemüse verfault.“¹⁶⁰ Diese Einstellung trug sicher nicht zur Verbesserung der Beziehung zwischen Stadt- und Landbevölkerung bei. Trotzdem wurden auch für Gemüse keine Preisfestsetzungen vorgenommen. Laut Beschluß des Städtischen Ernährungsamtes von Juli 1917 wäre sonst die Zufuhr zum Paderborner Wochenmarkt gefährdet gewesen.¹⁶¹ Auch hier wird das Dilemma der amtlichen Stellen deutlich, einerseits zugunsten der städtischen Verbraucher Preisfestsetzungen vornehmen zu müssen, auf der anderen Seite aber mit möglichst niedrig gehaltenen oder erst gar nicht festgesetzten Preisen die Produzenten „bei Laune“ zu halten. Daß damit die Preisspirale besonders bei den nicht oder erst spät preisgebundenen Waren immer höher geschraubt wurde, versteht sich von selbst.

In dem Maße, wie die offizielle Nahrungsmittelversorgung immer größere Mängel aufwies, nahm das Hamstern zu. Viele Menschen versuchten, die völlig unzureichenden Rationen auf illegalem Wege aufzubessern. In Westfalen strömten hauptsächlich Hamsterer aus dem Ruhrgebiet in die ländlichen Regionen der Provinz, um von den Bauern Nahrungsmittel zu kaufen.¹⁶² Auch der Raum Paderborn wurde von ihnen in einer solchen Zahl „überschwemmt“,¹⁶³ daß Hilfspgendarmen eingestellt wurden, um das übermäßige Hamstern zu unterbinden.

Neben dem Hamsterwesen blühten Schwarzmarkt und Wucher. So wurden 1917 auf dem Land für das Pfund Butter zwischen 5 und 8 M,¹⁶⁴ im Januar 1918 sogar zwischen 15 und 20 M,¹⁶⁵ für ein Ei 1 M¹⁶⁶ verlangt. Der Preis für ein Pfund Speck stieg von 10 M 1917 auf 27 M 1918.¹⁶⁷ Für ein Schwein von 100 kg Lebendgewicht sollen Anfang 1918 in Neuenbeken von „vermögenden Leuten“

157 Vgl. StA DT, M1 III E 489: Flugblatt „Noch mehr Kriegsgemüse im Sommer 1916!“.

158 Vgl. StdtA PB, TB Friedel, S1/13/2, S. 223 u. StdtA PB, G 702.

159 Vgl. EbA PB, XXIII 5, Intus: Krieg-Volksernährung.

160 StdtA PB, TB Friedel, S1/13/2, S. 223.

161 Vgl. WV. Sitzung des Städt. Ernährungsamtes v. 18. 6. 1917.

162 Vgl. *Roerkohl*, Heimatfront, S. 18.

163 StdtA PB, H Neuenbeken.

164 Vgl. StdtA PB, H Marienloh.

165 Vgl. ebd., H Neuenbeken.

166 Vgl. ebd. Der offizielle „Höchstpreis“ lag bei 25 Pf.

167 Vgl. StdtA PB, H Marienloh.

1 000-2 000 M gezahlt worden sein.¹⁶⁸ In Marienloh wurden im gleichen Jahr für den Ztr. Roggen oder Gerste 150 bzw. 120 M verlangt.¹⁶⁹ Schon ein Jahr zuvor hatten einige Landwirte den Sommerweizen „auf dem Halm“, also direkt vom Feld verkauft, sie verlangten zwischen 250 und 400 M pro Morgen.¹⁷⁰

Auch Diebstähle und Einbrüche nahmen in der zweiten Kriegshälfte zu. Im Dezember 1917 stellte die Stadtverordneten-Sitzung fest, daß sich diese Delikte in Paderborn in „schreckerregender Weise“¹⁷¹ vermehrt hätten. Auf dem Lande lag der Schwerpunkt hauptsächlich im Bereich der Felddiebstähle.¹⁷²

Abschließend läßt sich auch für den Raum Paderborn ein sogenanntes „Hungergefälle“¹⁷³ feststellen: Die ausreichende Versorgung der städtischen Bevölkerung konnte im Verlauf des Krieges immer weniger gewährleistet werden, während sich die Landbevölkerung als Erzeuger von Nahrungsmitteln den ganzen Krieg über selbst versorgen und damit ihre Ernährung sichern konnte. Insgesamt war ein Teil der Stadtbewohner spätestens seit dem Winter 1916/17 einer erheblichen Unterversorgung ausgesetzt, obwohl zu erwarten gewesen wäre, daß Paderborn als Landstadt aufgrund seines agrarischen Umlandes und seiner geringeren Größe nicht so stark unter der mangelhaften Versorgung hätte leiden müssen.

Der städtischen Nahrungsmittelnot lagen verschiedene Ursachen zugrunde: Zunächst hatte Paderborn die Funktion eines regionalen Oberzentrums (Verwaltung, Justiz, Kirche, Bildung, Militär), das von außen versorgt werden mußte. Außerdem hatte Paderborn als Kreisstadt während des Krieges kein Anrecht auf Zuschüsse durch das KEA. Hinzu kam, daß der Landkreis Paderborn mit Beginn des Krieges abgabepflichtig wurde. Da der Kreis aber schon in Friedenszeiten einen Teil seiner Versorgung (z. B. Kartoffeln) durch Einfuhren aus anderen Gebieten ergänzen mußte, belastete die Abgabepflicht die Versorgung nachhaltig – und das traf in besonderem Maße die Stadtbevölkerung. Nicht nur die Rationen hochwertiger Lebensmittel wie Fleisch, tierischer Fette und Milchprodukte waren unzureichend, auch die bald als ausschließliche Hauptnahrungsmittel zur Verfügung stehenden Kartoffeln, Steckrüben und das Brot unterlagen ständigen Schwankungen in der Zuteilung. Parallel zur Verschlechterung der Lebensmittelversorgung entwickelten sich der Schwarzmarkt und das Aufkäuferum. Beides entzog dem regulären Markt Waren und traf damit besonders die ärmere Bevölkerung und die Kriegerfamilien.

Eine weitere Belastung für die Versorgung der Bevölkerung waren der Kurort

168 Vgl. ebd., H Neuenbeken.

169 Vgl. ebd., H Marienloh.

170 Vgl. ebd., H Neuenbeken.

171 WV, Stadtverordneten-Sitzung v. 7. 12. 1917.

172 Vgl. StA DT, M1 IU 832. Bericht des Landrates v. 8. 10. 1918.

173 Vgl. Jürgen Kocka: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918. Frankfurt/M. 1988, S. 101.

Bad Lippspringe mit seinen umfangreichen Sonderzuteilungen sowie die geographische Nähe des Kreises Paderborn zu den Industriezentren im Westen.

Es ist nur zu vermuten, daß sich die allgemeine Dünger- und Futtermittelknappheit¹⁷⁴ auf die landwirtschaftliche Produktion und damit auf die Versorgung der Bevölkerung ausgewirkt hat. Auch der Mangel an (männlichen) landwirtschaftlichen Arbeitskräften im Raum Paderborn wird Auswirkungen auf die Nahrungsmittelerzeugung gehabt haben, jedoch liegen lediglich Zahlen für 1917 vor, nach denen zu diesem Zeitpunkt 35% der männlichen Arbeitskräfte nicht mehr zur Verfügung standen.¹⁷⁵

Neben diesen äußeren Bedingungen beeinflussten aber auch die Paderborner Behörden die städtischen Nahrungsmittelverhältnisse durch ihr zögerndes Verhalten negativ. Zu Beginn des Krieges konnten die verspäteten Entscheidungen des Magistrats noch auf die neuartige, unbekannte Kriegssituation und die Hoffnung auf einen baldigen Frieden zurückgeführt werden. Nach den ersten Kriegsmonaten aber hätten die bis dahin bereits eingetretenen Veränderungen der Versorgung und gerade auch die spezielle Situation des Kreises und der Stadt Paderborn rechtzeitiges und gezieltes Handeln der offiziellen Stellen erforderlich machen müssen. Am deutlichsten traten die unzureichenden amtlichen Maßnahmen in der mangelhaften Verteilung der Kartoffeln im Herbst und Winter 1916/17 zutage. Hinzu kam die aus Sicht der Behörden vielleicht nachvollziehbare produzentenfreundliche Preispolitik, die die städtischen Konsumenten und Versorgungsberechtigten jedoch gegen die amtlichen Stellen und die ländlichen Erzeuger aufbringen mußte.

Daß die mangelhafte Nahrungsmittelversorgung der Stadtbevölkerung Gesundheitsschäden hervorgerufen hat, liegt auf der Hand. Kinder und Jugendliche waren die Hauptbetroffenen.¹⁷⁶ Obwohl die Stadt Paderborn schon frühzeitig

174 Vgl. StA DT, M1 IU 834. Berichte des Landrates v. 9. 2. u. 5. 4. 1917 sowie v. 4. 2. u. 5. 6. 1918. Auch der Mangel an Zugpferden, Fuhrwerken, landwirtschaftlichen Maschinen und Ersatzteilen wird in den Berichten angesprochen.

175 Vgl. StA DT, M1 IIIE 492. Danach fehlten Anfang 1917 von ehemals 2 215 Betriebsleitern 596 und von zuvor 3 723 männlichen Arbeitskräften 1 498. Dieses Defizit konnte nur unzureichend durch den Einsatz von Frauen und Kriegsgefangenen ausgeglichen werden. Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiterinnen erhöhte sich lediglich um 43, und zwar von 2 484 auf 2 527. Die geringe Anzahl der zusätzlich mobilisierten Frauen hing mit der Struktur des kleinbäuerlich orientierten Kreises Paderborn zusammen, in solchen Gemeinden arbeiteten Frauen schon immer im Familienbetrieb mit. Die Anzahl der Kriegsgefangenen betrug für diesen Zeitraum (Januar 1917) 511. Zum Einsatz der Gefangenen in der Melioration des Senneraumes vgl. Landkreis Paderborn. Zur Errichtung des Kreishauses 1968, hg. v. Landkreis Paderborn, Paderborn 1968, S. 71; zu den Kultivierungsarbeiten während des Krieges vgl. auch Friedrich *von Laer*: Neudeutschland. Berlin 1917, S. 44; generell zu den landwirtschaftlichen Arbeitskräfteverhältnissen des Deutschen Reiches vgl. Hans *Fuhrmann*: Die Versorgung des deutschen Landwirtschaft mit Arbeitskräften im Weltkriege. Würzburg 1937. Zum Arbeitseinsatz von Frauen im Krieg vgl. Anneliese *Seidel*: Frauenarbeit im Ersten Weltkrieg als Problem der staatlichen Sozialpolitik. Dargestellt am Beispiel Bayerns. Frankfurt/M. 1979, sowie Ursula *von Gersdorff*: Frauen im Kriegsdienst 1914-1945. Stuttgart 1969.

176 Vgl. StA DT, M1 IM 124. Bericht v. 10. 11. 1918.

Freitische eingerichtet und Schulspeisungen durchführt hatte, reichten die Mengen und die Qualität der Speisen mit zunehmender Dauer des Krieges nicht aus, den Wegfall von Fleisch und Fetten, aber auch den Mangel an Milch zu beheben. Unterernährung und durch die überwiegend vegetabile Kost hervorgerufene Magen- und Darmerkrankungen waren die Folgen. Weitere Krankheitsbilder kamen hinzu: „Blutarmut, Rachitis und vor allem die Skrophulose haben unter den Kleinkindern und, wie die schulärztlichen Untersuchungen ergeben, auch unter den Schulkindern tüchtig zugenommen.“¹⁷⁷ Die Lehrer beobachteten zunehmende Ermüdungserscheinungen sowie mangelnde körperliche und geistige Regsamkeit.¹⁷⁸ Auch die erwachsenen Städter litten unter der mangelnden Lebensmittelversorgung. Zwar führte die vegetabile Kost bei ihnen nicht zu den gleichen Problemen wie bei den Kindern, doch stiegen auch hier die Krankenziffern an.¹⁷⁹ Am stärksten stieg in Paderborn die Zahl der Tuberkulosekranken. Die Sterblichkeit erhöhte sich von 100 Todesfällen 1914 auf 200 im Jahre 1918,¹⁸⁰ was immerhin einer Steigerung von 100% entspricht, wenngleich die Tuberkulosesterblichkeit in anderen Gebieten – besonders in den Großstädten – in absoluten Zahlen natürlich höher lag.¹⁸¹

Von weiteren Krankheitsbildern berichtete Dr. Mann: „Auf der Straße sah man viele Personen, ...die sich mühsam hinschleppten. Die häufig auftretenden Ödeme infolge Unterernährung erschwerten das Gehen.“¹⁸² Viele Schwangere litten, „von der Arbeit ausgemergelt und von der Nahrungsmittelnot verfallen“¹⁸³, an Wehenschwäche.

Eine der nachhaltigsten Folgen der dramatischen Unterversorgung mit Nahrungsmitteln – besonders in den beiden letzten Kriegsjahren – waren also erhebliche Gesundheitsschäden der Bevölkerung. Die Vermutung, daß Paderborn aufgrund seiner Größe und seines agrarischen Umfeldes nicht so stark unter mangelnder Versorgung hätte leiden müssen, hat sich nicht bestätigt.

177 Vgl. StA DT, M1 IU 124. Bericht v. 4. 2. 1920.

178 Vgl. ebd. Zur Situation der Landkinder, die nicht so sehr unter der schlechten Ernährung, wohl aber unter der erhöhten Heranziehung zur Landarbeit litten vgl. StdtA PB, H Neuenbeken und WV v. 6. 4. 1917.

179 Vgl. StA DT, M1 IU 124. Nach Angaben der AOK Paderborn stiegen die Krankheitsfälle von 27,3% im Jahre 1914 auf 46,5% im Jahre 1918. Es muß berücksichtigt werden, daß nicht alle Paderborner krankenversichert waren und deshalb mit einer Dunkelziffer an Krankheitsfällen gerechnet werden muß. Vgl. ebd.

180 Vgl. ebd.

181 Dazu vgl. Das Gesundheitswesen des Preuß. Staates in den Jahren 1914-18, hg. v. der Medizinal-Abteilung des Ministeriums für Volkswirtschaft. Berlin 1921; E. J. Gumbel: Das Stahlbad des Krieges. Berlin o. J. und F. Bumm: Deutschlands Gesundheitsverhältnisse unter dem Einfluß des Weltkrieges. Stuttgart/Berlin/Leipzig 1928.

182 Stdt PB, S1/12/1, Lebenserinnerungen Dr. Mann, S. 204.

183 Ebd.